

ANGELIKA TIMM

„Das Volk fordert soziale Gerechtigkeit“

Unter diesem Slogan demonstrierten am Abend des 3. September 2011, unmittelbar nach Ende des Schabbat, landesweit etwa 450.000 Israelis - über 300.000 in Tel Aviv, 50.000 in Jerusalem, 45.000 in Haifa sowie 50.000 in Afula, Rosch Pina und Kirjat Schmona in Nordisrael bzw. in Mizpe Ramon und Arad im Süden des Landes. Was Anfang Juni 2011 mit der Empörung der „Cottage Cheese“-Konsumenten über drastische Preiserhöhungen begann, weitete sich innerhalb weniger Wochen zu einem „sozialen Tsunami“ aus – in Qualität und Ausdehnung neu und einzigartig für die israelische Geschichte. Die Protestbewegung der Straße gab wichtige Impulse für die Entwicklung der Zivilgesellschaft bzw. der Demokratie. „Der Protest war erfolgreich. Jetzt geht es an die Arbeit!“, titelte die hebräischsprachige Wirtschaftszeitung „TheMarker“ am 4. September.

Die J14-Kampagne - Bestandsaufnahme

Die soziale Rebellion nahm am 14. Juli 2011 (J14!) am Habima-Platz in Tel Aviv ihren Anfang. Initiatorin Daphni Leef, eine 25-jährige Absolventin der Tel Aviver Universität, hatte wohl kaum mit einem derartigen Widerhall gerechnet, als sie über Facebook zum Protest gegen die ungerechtfertigten Mietsteigerungen in Tel Aviv aufrief und ihr Zelt am Rothschild-Boulevard aufschlug. Ihrer individuellen Empörung schlossen sich bald Hunderte gleich gesinnter Jugendlicher an. Über Nacht wurde der Rothschild-Boulevard, eine der reichsten und ob ihrer vielen Bauhäuser zugleich bekanntesten Straßen der Metropole, zum Zentrum und Symbol der Protestbewegung.

Die Organisatoren betonten von Anbeginn, dass ihre Kampagne apolitisch und überparteilich sei. Jedem müsse das Recht auf Meinungsäußerung gestattet werden, solange er andere ausreden lasse und niemanden verunglimpfe. Auf dem Boulevard spielte es in der Tat kaum eine Rolle, ob jemand aus dem „linken“ oder aus dem „nationalen“ Spektrum kam, ob sie oder er säkular oder religiös war. Neben Friedensaktivisten bauten auch einige Siedler und Ultraorthodoxe ihre Protestzelte auf. Sie schlossen sich dem Ruf nach „sozialer Gerechtigkeit“ an.

Mehr als sieben Wochen gehörten junge Leute in Partylaune, „bewaffnet“ mit Gitarre, Pinsel und Malstift, eifrig diskutierend oder gespannt Vorträgen lauschend, zum Stadtbild Tel Avivs. Alles ein großes Happening? Wohl nicht – zumindest nicht primär! Aus dem spontanen Sommerfestival erwuchs sehr schnell eine ernsthafte Bewegung, die das ganze Land erfasste. Anfang August existierten mehr als 90 Zeltstädte mit über 3.000 provisorischen Leinen- oder Plastikbehäusungen. Kaum ein größerer Ort blieb „zeltfrei“.



Der Tel Aviver Rothschild-Boulevard im Sommer 2011. Foto: Oren Ziv / Activestills.

Das weitere Geschehen sei stichpunktartig dokumentiert: 16. Juli: Protestzelte in Tel Aviv, Beerscheva und Kirjat Schmona; die Nationale Studentenunion schließt sich dem Protest an; ihr Vorsitzender Itzik Schmuli wird neben Daphni Leef zum zweiten „Gesicht“ der Rebellion; 23. Juli: erste große Protestdemonstration mit mehr als zehntausend Teilnehmern in Tel Aviv; 24. Juli: 1000 Protestierende vor der Knesset; 28. Juli: „Kinderwagen-Demos“ in mehreren Städten; 30. Juli: 150.000 Bürgerinnen und Bürger demonstrieren in Tel Aviv und zehn weiteren Städten; 6. August: 300.000 Demonstranten bei landesweiten Kundgebungen; 13. August: Großdemonstrationen in Haifa, Beerscheva, Afula und anderen Städten der Peripherie.

Mitte August, nach dem Terrorangriff auf israelische Zivilisten in der Nähe von Eilat bzw. der israelischen Bombardierung des Gazastreifens, schien das Ende der sozialen Proteste gekommen. Es folgte jedoch am 20. August ein „Marsch der Stille“,

gewidmet dem Gedenken an die israelischen und palästinensischen Opfer, verbunden mit dem Anspruch auf soziale Sicherheit neben der militärischen. Bereits eine Woche später kehrte der Protest auf die Straßen zurück – 20.000 Menschen verlangten am 27. August erneut *zedek chevrat* (soziale Gerechtigkeit); sie übten Kritik an der Politik, die ihre Nöte und Probleme ignoriere. Gemeinsam forderten sie die Freilassung des seit fünf Jahren in Gaza gefangen gehaltenen israelischen Soldaten Gilad Schalit.

Den Höhepunkt der Proteste bildeten zweifelsohne die Massendemonstrationen am 3. September. Der weite Kikar Ha-Medina (Platz des Staates) in Tel Aviv, ein gewaltiges Rondell, ob seiner Luxuswohnungen und Designer-Läden wie kein anderer Platz das Symbol der Reichen, konnte die vielen Demonstranten kaum fassen. Die den Platz umrundende Straße trägt den Namen „Fünfter Iyar“, das hebräische Datum des israelischen Unabhängigkeitstages. Ihr Staat habe am 3. September zum zweiten Mal – so israelische Publizisten – seine „Unabhängigkeit“ gefeiert.



Demonstration der 300.000 in Tel Aviv am 6. August. Foto: Dor Nevo

Fordert wirklich „das ganze Volk“ soziale Gerechtigkeit?

Der Slogan „Das Volk fordert soziale Gerechtigkeit“ ist aus den Straßenbildern nicht mehr wegzudenken. Protestaktivisten, Kommentatoren und Politiker sind sich darin einig, dass es eine derart breite demokratische Bewegung in der Geschichte des Landes noch nicht gegeben habe. Eines Tages würden Kinder in ihren Schulbüchern über den Aufbruch lesen und ihre Eltern oder Großeltern fragen, wo sie am 3. September 2011 gewesen seien. Immer wieder wurden Vergleiche mit dem „arabischen Frühling“ gezogen. „Tahrir-Platz, Ecke Rothschild-Boulevard“ nannten die Führer der Revolte in Tel Aviv ihr zentrales Versammlungszelt.

Wer sind die Teilnehmer der Proteste, die „neuen Israelis“? Waren zunächst vor allem Studenten aktiv, so weitete sich das politische und soziale Spektrum zunehmend aus. Anfang August

riefen zivilgesellschaftliche Organisationen, so die *Physicians for Human Rights* oder die *Israeli Association of Nonprofit & Voluntary Organizations*, dazu auf, sich am Aufbegehren zu beteiligen. Aktivitäten der „Nationalen Linken“ wurden ebenso vermerkt wie die sich verstärkende Präsenz von Mitgliedern linker Parteien und Massenorganisationen (*Chadasch, Merez, Noar Oved* u. a.). Zu den zunächst vorwiegend aschkenasischen Jugendlichen gesellten sich bald Misrachim (orientalische Juden) und – in geringerer Zahl – äthiopische Jugendliche und arabische Bürger. Inwieweit sich russischsprachige Israelis beteiligten, war optisch und verbal nicht immer auszumachen. Maya Zinstein verwies am 17. August in Ha’aretz¹ darauf, dass die junge Generation bereits in Israel aufgewachsen sei und sich auf Hebräisch und nicht mehr auf Russisch artikuliere.

Zur Protestveranstaltung am 6. August in Jerusalem kamen erstmals auch viele religiöse Israelis. Mit dem Protest – so Rabbiner Juval Cherlov – tue sich eine Chance auf, „die auch uns zu einer gerechteren Gesellschaft führt“ (Ha’aretz, 9. August 2011, S. 7). Religiöse Führer, wie der Oberrabbiner von Ramat Gan, Jaakov Ariel, oder die nationalreligiöse Jugendorganisation *Bnei Akiva* schlossen sich der Protestbewegung an. Sie forderten ein Absenken der Lebenshaltungskosten um 20%. Anfang August errichteten selbst Flüchtlinge aus Eritrea, Sudan, Elfenbeinküste und Kongo, zumeist unter menschenunwürdigen Bedingungen und nahezu rechtlos in Süd-Tel Aviv lebend, ihre Wohnzelte im Levinsky-Park.

Die Reaktionen arabischer Bürger waren und sind ambivalent. Einerseits leben sie seit Jahrzehnten unter erschwerten Wohnbedingungen; Landenteignungen sowie geringe Zuwendungen des Staates an arabische Orte für Bildung, Kultur, Gesundheit und Wohlfahrt charakterisieren die Situation der palästinensisch-arabischen Minderheit (20% der Gesamtbevölkerung). Zudem schien ihnen die Protestbewegung – zumindest in den Anfängen – eine Angelegenheit der aschkenasisch-jüdischen Mittelschicht, insbesondere der studentischen Jugend, und weitgehend ohne Bezug zur palästinensischen nationalen Agenda.

Zunehmend freilich betrachteten junge Palästinenserinnen und Palästinenser die Proteste als eine Möglichkeit, eigene soziale Probleme und Forderungen zu Gehör zu bringen. Es entstanden „arabische“ Zeltstädte in Haifa und Nazareth, aber auch in kleineren Orten wie Baka Al-Gharbija und im staatlicherseits nicht anerkannten Beduinendorf El-Arakib. Am Zelt „1948“ auf dem Rothschild-Boulevard in Tel Aviv war auf Arabisch und Hebräisch zu lesen: „Wenn Rothschild nicht zu Muhammad kommt, dann kommt Muhammad zum Rothschild!“

¹ Israelische Tageszeitungen werden wie folgt zitiert: HA – (hebräischsprachige) Ha’aretz; Ha’aretz – englische Ausgabe der Zeitung; JP – Jerusalem Post; IHT steht für International Herald Tribune.

Neben hebräischsprachigen Plakaten tauchten Losungen in Arabisch und Englisch, vereinzelt auch in Russisch und Amharisch auf. Am 3. September freilich – so Gideon Levy in Ha'aretz – fehlten die Ärmsten der Armen, die Ultraorthodoxen, die Araber, die wirklich Obdachlosen und die Arbeitsmigranten. In Haifa dagegen stand an diesem Abend die Diskriminierung arabischer Bürger im Mittelpunkt der Demonstration. Ein Vertreter des arabischen Viertels Wadi Nisnas rief den Versammelten zu: „Heute ändern wir die Spielregeln. Nicht länger Koexistenz auf der Grundlage von Hummus und Ful [typische orientalische Gerichte - AT]. Was hier passiert, ist wahre Koexistenz. Juden und Araber marschieren Seite an Seite und fordern soziale Gerechtigkeit“ (HA, 4. September 2011, S. 2).

Sozialer Protest, Demokratiebewegung oder „Wunder einer Rebellion“?

Die politischen Kommentare hinsichtlich Charakter und Ausmaß des sozialen Aufruhrs widerspiegeln ein breites Deutungsfeld: Handelt es sich primär um eine apolitische, parteienübergreifende „soziale Revolution“ des aschkenasischen Mittelstands, gerichtet vor allem gegen die enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten, die Teuerungen auf dem Immobilienmarkt und die Verarmungstrends in den Mittelschichten? Oder bildet sich im Gewand des Sozialen eine neue Demokratiebewegung heraus, die nicht nur die Verteilung des nationalen Reichtums neu richten, sondern die Gesellschaft in ihren Grundlagen verändern und neue Prioritäten setzen will („Ein neues gerechtes Israel“ skandierten die Demonstranten Anfang August in der Tel Aviver Kaplanstrasse gegenüber dem Verteidigungsministerium)?

Greifen die nahöstlichen Rebellionen, in ziviler, kulturvoller bzw. jugendgemäßer Gestalt, nunmehr auf Israel über? Eines der größten Plakate auf der Demonstrationsmeile des 6. August enthielt – in Hebräisch und Arabisch – zumindest die Botschaft „Ägypten ist hier“. Und der Rothschild-Boulevard wird nicht selten mit dem Tahrir-Platz in Kairo verglichen. Oder durchlebt Israel möglicherweise seine erste große „Facebook-Revolution“? Die modernen Medien spielten bei der Mobilisierung der Jugendlichen und für das Zustandekommen der Massenevents immerhin eine zentrale Rolle. Oder ist, mit Blick auf die Zusammensetzung der Zeltbewohner bzw. auf die Ausdrucksformen ihrer Empörung, eher von „einer Suche nach neuer Identität“, von einer „Explosion der Jugendkultur“, von einem „städtischen Karneval“ oder auch nur von einem „Medien-Spektakel im Sommerloch“ zu sprechen? Die sorgfältige Analyse des Geschehens wird von allem etwas finden bzw. auf weitere nicht genannte Ursachen und Impulse stoßen.

Manche Beobachter, so auch der stets ernsthafte-kritische Gideon Levy, näherten sich dem Geschehen nicht nur realitätsverpflichtet analytisch, sondern auch von einer gefühlsbetonten Seite. „Das Wunder der Rebellion“ titelte der bekannte

israelische Journalist am Tage nach der Rallye des 6. August seinen Deutungsversuch in Ha'aretz. Bis in die jüngste Gegenwart hätten die jungen Israelis aus Sicht der politisch herrschenden Klasse und im öffentlichen Disput „als verlorene, ziellose Generation, blind, selbstzufrieden, gelangweilt“ gegolten, „aufgewachsen mit idiotischen Game Shows des kommerziellen TV“, „einem Schulsystem ausliefert, das sich außerstande zeigt, mit der schrecklichen Ignoranz der Jugend fertig zu werden“, „in Colleges und Universitäten studierend, die sich in reine Graduierungsläden verwandelt haben“, von Medien beeinflusst, „die Gehirnwäsche betreiben, niedere Instinkte wecken und Furcht verbreiten“. In der öffentlichen Wahrnehmung handelte es sich zudem um eine Generation, die aufgewachsen sei im Zeichen des „Materialismus, verpflichtet den Designer Labels, den Modetrends und den technischen Spielereien, geeint nur in der Kirche des Eskapismus, [...] in ihren Reihen nicht wenige Alkoholabhängige und Drogensüchtige, teilweise gewaltbereit und rassistisch bzw. nationalistisch eingestellt“ (Ha'aretz, 7. August 2011, S. 5).

Aus dieser Generation nun sei über Nacht, das obige gesellschaftliche Zerrbild ad absurdum führend, die Protestbewegung erwachsen. Überraschend für alle errichtete die „verlorene Generation“ ihre Zelte überall im Lande, folgte sie massenhaft den Facebook-Aufforderungen, erörterte sie – wissend und couragiert – ihre Forderungen an die Gesellschaft, fand sie sich zu professionell organisierten Massenveranstaltungen zusammen, artikulierte sie in zündenden Reden ihr Programm. Und sie wies nach, dass sie, so Gideon Levy, „vom Wesen der Demokratie mehr versteht, als die Mehrheit unserer gewählten Offiziellen“ bzw. „dass ihre Argumente überzeugender sind denn die der meisten Politiker“. Die sozialen Rebellen „haben die nationale Agenda bereits verändert; sie haben eine neue politische Sprache gefunden, eindrucksvoller als die der Politiker. Ist das alles kein Wunder?“

Wunder jedoch fallen – zumindest aus materialistischer Sicht – auch in Israel nicht einfach vom Himmel. Sie entspringen inneren Gesetzen, bedürfen des Reifens und kündigen sich häufig durch Vorzeichen an, wobei das schwer erkennbar Reale nicht selten im Gewand des Irrationalen daher kommt.

Zuspitzung sozialer Disparitäten infolge neoliberaler Wirtschaftspolitik

Ein zentraler Erklärungsansatz liegt in der sozio-ökonomischen Situation Israels und in der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik seiner Regierung(en). Die Lava der sozialen Eruption hatte sich in einem längeren Prozess erhitzt und nach einem Ventil gesucht. Sie fand es in der Jugend, die sich in ihren Aktionen durch eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung unterstützt sieht.

Der J14-Bewegung voran gingen wochen- und monatelange Arbeitskämpfe bzw. Streiks der Ärzte und Sozialarbeiter, der Pädagogen in Schulen

und Kindergärten. Es gab Demonstrationen von Rentnern und Behinderten. Die Verschlechterung der Lebensbedingungen traf nahezu alle Israelis. Während sich der Durchschnittslohn in den vergangenen fünf Jahren lediglich um 2,6% erhöhte, verteuerten sich die Grundnahrungsmittel um 26%; die Preise für Obst und Gemüse stiegen sogar um 35,8%. Auch die drastische Erhöhung der Mieten, gestiegene Preise im Nahverkehr und für Benzin sowie der Wegfall vieler Dienstleistungen beeinflussen den Lebensstandard der meisten Bürger. Insbesondere junge Menschen stehen vor stark eingegengten Zukunftschancen und geringen Möglichkeiten sozialer Selbstverwirklichung.

„Israel ist das klassische Beispiel eines Landes, dessen makroökonomische Indikatoren gut sind, dessen meiste Haushalte jedoch nicht zur Jahresendfeier eingeladen werden“, schrieb Shlomo Swirski, der akademische Direktor des *Adva Center* in Tel Aviv (*Jewish Journal*, 29. Juli 2011). 38,8% der israelischen Lohn- bzw. Gehaltsempfänger können nicht von ihrem Einkommen leben (zum Vergleich: in Deutschland lt. OECD - 16,2%). Die Zunahme der israelischen Wirtschaftskraft erfolgte somit einseitig auf Kosten des Arm-Reich-Gefälles, das in Israel deutlich negativer als in anderen OECD-Staaten ausfällt. Bezüglich der Kaufkraft und des Lebensstandards nimmt Israel z. B. Platz 86 unter 140 Industrie- und Entwicklungsländern ein. Auch die Beschäftigungsrate (71%) liegt fünf Prozent unter dem OECD-Durchschnitt; sie ist besonders gering in der arabischen und ultraorthodox-jüdischen Bevölkerung.

Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse, bedingt durch die neoliberale Privatisierungs-, Steuer- und Zollpolitik des Staates, hat Israel zu einer sozial tief zerklüfteten Gesellschaft werden lassen. Die Konzentration des materiellen Reichtums in den Händen weniger Finanztycoons nimmt kontinuierlich zu. Sie macht den in der Marktwirtschaft üblichen Konkurrenzkampf überflüssig. Seit 2009 erhöhte sich die Zahl der Millionäre in Israel um 20,6%; sie beträgt heute mehr als 10.000. Zwölf Milliardärsfamilien, unter ihnen die des kürzlich verstorbenen Sammy Ofer (u. a. Israel Chemicals Ltd.), Benny Steinmetz (Besitzer von Gold-, Nickel-, Kobalt- und anderen Minen in Afrika) und Shari Arison (Bank Hapoalim), bzw. 16 große Gesellschaften kontrollieren die Hälfte aller Finanzgeschäfte des Landes und weitgehend auch den zivilen Verbrauchermarkt (JP, 11. August 2011, S. 15).

Nach der zehn Einkommenskategorien umfassenden Stratifikationstabelle verfügen die zwei oberen Gruppen (20% der Haushalte) über 40,6% des gesellschaftlichen Gesamteinkommens, während auf die beiden unteren Kategorien – ebenfalls 20% der Haushalte – lediglich 6,3% entfallen. Der Armutsbericht 2010 verweist darauf, dass ein Fünftel der israelischen Familien (20,5%) unter der Armutsgrenze lebt; die entsprechenden Parameter liegen in der arabischen Bevölkerung bei 53,3% und in ultraorthodox-jüdischen Familien bei

56,9% (als arm wird in Israel eine Familie definiert, deren Monatseinkommen weniger als 2000 NIS – 400 Euro – beträgt). Opfer der permanenten Preissteigerungen (Wasser, Brot, Milchprodukte, Obst und Gemüse, Mieten, öffentlicher Transport, Benzin) sind vor allem gering Verdienende und Sozialhilfeempfänger. Israel gehört hinsichtlich der Lohn-Preis-Relationen heute zu den teuersten Ländern weltweit.

Betroffen von den negativen Auswirkungen der staatlichen Steuerpolitik ist nicht zuletzt der Mittelstand, der 1988 noch 33%, 2009 jedoch nur noch 26,6% aller Haushalte umfasste. Sein Anteil am gesellschaftlichen Gesamteinkommen verringerte sich in diesem Zeitraum von 27,9% auf 20,5%. „Die Mittelklasse ist das Rückgrat jeder entwickelten Gesellschaft“, schrieb Carlo Strenger am 9. August in *Ha'aretz*. „Das sind die Menschen, die die Wirtschaft vorwärts bringen und in Bewegung halten. In Israel zahlen sie extrem hohe Steuern. Und sie bekommen so gut wie nichts zurück. [...] Es ist Zeit, darauf zu bestehen, dass diejenigen, die hart arbeiten, ein angemessenes Leben führen können, nicht als Zugeständnis, sondern als grundlegendes Menschenrecht.“

2003 hatte Benjamin Netanjahu, damals Finanzminister in der Sharon-Regierung, ein Steuerkürzungsprogramm initiiert, das bis 2010 lief und vor allem Personen mit hohem Einkommen begünstigte. Auch das für 2011 bis 2016 verabschiedete Folgeprogramm wird Großverdiener bevorzugen. Erhöhte indirekte Steuern belasten dagegen das Budget des Kleinverdieners. Sie führen dazu, dass nicht nur viele Angehörige der unteren sozialen Schichten, sondern auch des Mittelstands gegen Ende des Monats über keinen Schekel mehr verfügen und auf Pump leben müssen.

Gesellschaftliche Zustimmung zu den Grundforderungen der sozialen Proteste

Am 1. August 2011 verabschiedeten Vertreter von 40 Zeltstädten des Landes und der Nationalen Studentenunion ihre „Guidelines for a New Social and Economic Agenda“. Das Dokument enthält acht Grundforderungen an die Regierung: Verringerung indirekter Steuern (insbesondere Mehrwertsteuer); höhere Investierung von Steuereinnahmen in Sozialprogramme; Auflösung einer Kommission, die Baumaßnahmen beschleunigen sollte, bisher jedoch nur die Baugesellschaften reicher werden ließ; Erhöhung des Budgets des Ministeriums für Bauwesen und Wohnungsbau sowie Programme für Hypotheken und Miethilfen; kostenlose Betreuung (bzw. Bildung) von Kindern ab dem dritten Lebensmonat; Verbesserung der medizinischen Versorgung und Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur in allen Teilen Israels; Stopp der Privatisierung von Wohlfahrts- und Gesundheitseinrichtungen; stufenweise Streichung privater Baumaßnahmen im öffentlichen Sektor (JP, 3. August 2011, S. 1).

Die für die Regierung anfallenden Kosten aus dem

Forderungskatalog gab Ha'aretz am 2. August mit 36,65 Milliarden NIS an; Ehud Barak, mögliche Auswirkungen auf das Verteidigungsbudget im Auge, bezifferte sie vier Wochen später für einen Zeitraum von fünf Jahren mit mindestens 40-50 Milliarden NIS, idealerweise jedoch mit 80-100 Milliarden NIS (TheMarker, 1. September 2011, S. 6).

Angesichts der zunehmenden Pauperisierung bzw. der sich in den Massenprotesten manifestierenden Unzufriedenheit breiter Gesellschaftsschichten, vom Obdachlosen bis zum Hightech-Angestellten, ist es nicht verwunderlich, dass die große Mehrheit der israelischen Bürger die Demonstranten und ihre Forderungen an die Regierung unterstützt. Repräsentativen Meinungsumfragen zufolge sympathisierten am 26. Juli 87% der Bevölkerung mit der Protestbewegung. Auf die Frage, ob durch diese eine Änderung der Politik und eine maßgebliche Verbesserung der Wohnraumsituation zu erwarten sei, antworteten 55,2% der Befragten mit Ja und 43,6% mit Nein. 46,1% hielten die „Verringerung sozio-ökonomischer Klüfte in der Gesellschaft“ für die wichtigste Aufgabe der Regierung (www. peaceindex.org, 14. August 2011).

Am Vorabend der Demonstration vom 3. September waren 90% der Israelis der Meinung, der landesweite Protest werde die nationale Prioritätenliste verändern. Auf die Frage, wie gesellschaftliche Gerechtigkeit zu erreichen sei, antworteten 26,1% der Befragten, „die Einkommensbesteuerung“, 24,1% „die Preise für Grundnahrungsmittel“ und 21,2% „die Mietpreise“ müssten sinken (TheMarker, 2. September 2011, S. 16).

Die offizielle Gewerkschaft (*Histadrut*) stieß relativ spät zur Protestbewegung. Am 4. August organisierte sie eine Demonstration, an der sich etwa 10.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beteiligten. Auch Vertreter der Kibbuz- und Moschav-Bewegung boten praktische Ideen zur Beendigung der Wohnungskrise an. Zu ihren Vorschlägen gehört der Bau von Wohnsiedlungen in der Nähe großer Städte, die für zehn Jahre an Studenten zu geringen Mietpreisen vergeben werden sollten. Darüber hinaus forderten sie den Schutz der israelischen Landwirte und einheimischer Agrarprodukte.

Kabinett Netanjahu unter Druck

Die israelische Regierung versuchte zunächst, den sozialen Protest zu delegitimieren - als Verschwörung der radikalen Linken, die Regierung zu stürzen, später durch Verunglimpfung der Protestierer als „Sushi-Esser“ und „Nargilah-Raucher“ (Außenminister Lieberman). Schließlich musste Netanjahu jedoch formal auf die Forderungen der Aktivisten eingehen, indem er versprach, die „nationalen Prioritäten zu ändern, um die auf dem Volk lastenden Bürden zu erleichtern“ (Ha'aretz, 9. August, S. 1).

Als sich herausstellte, dass die Protestbewegung keine kurzlebige Erscheinung bleiben würde, suchten

Minister die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit durch nationale Demagogie, insbesondere die Beschwörung von Sicherheitserfordernissen, abzuschwächen. Israel befinde sich nach wie vor in einer feindlichen Umwelt (Iran, arabische Staaten) und werde als jüdischer Staat permanent in Frage gestellt. Im September stehe zudem mit Ausrufung des Palästinenserstaates ein „politischer Tsunami“ bevor. Darüber hinaus mangle es Israel an materiellen Ressourcen, um eine stärker sozial orientierte Gesellschaftspolitik zu betreiben. Das Budget sei fest verplant. Keinesfalls könnten die Ausgaben für die nationale Sicherheit bzw. das Militär gekürzt werden. Zudem habe die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise Rückwirkungen auf Israel. Und ohnehin hätten die Protestierenden nicht genügend Fachwissen, um fundierte Vorschläge zu unterbreiten (HA, 30. August 2011, S. 5).

Parallele Umfragen dagegen widerspiegeln die *vox populi*: Die Wertschätzung des Ministerpräsidenten und seiner Politik sank innerhalb von zwei Monaten von 51% auf 32%; die israelische Presse schrieb über die „größte innenpolitische Krise seit Netanjahu sein Amt übernommen“ habe (Ha'aretz, Week's End, 29. Juli 2011, S. 1). Als ausgesprochen kontraproduktiv erwies sich das Knessetgesetz über Wohnungsbauplanung, das Ende Juli diskutiert und in der ersten Augustwoche vom Parlament angenommen wurde. Nitzan Horowitz, Abgeordneter der linkszionistischen *Merez*-Partei bezeichnete die *National Housing Committees Bill* als „Schlag ins Gesicht der Demonstranten“ (JP, 26. Juli 2011, S. 2).

Etwas längeren Atem dagegen könnte die von Netanjahu eingesetzte Kommission unter Führung des Wirtschaftswissenschaftlers Manuel Trachtenberg haben. Das am 7. August berufene 22-köpfige Expertenteam wurde beauftragt, innerhalb eines Monats Vorschläge zur Behebung der aktuellen Krise zu unterbreiten und damit den Protestierenden „den Wind aus den Segeln“ zu nehmen. Zugleich machte Netanjahu klar, dass das Gremium keinerlei Vollmacht habe, das Staatsbudget für 2011 und 2012 zu ändern. Trachtenberg, aus der Arbeitspartei kommend, ist sich der Zweischneidigkeit seiner Aufgabe bewusst: „Es ist System in Israel“, erklärte er, „eine Kommission zu berufen und dann die Sache niederzuschlagen“ (Ha'aretz, 9. August, S. 1). Schließlich bedürften alle Vorschläge der Kommission einer Bestätigung durch die Regierung, bevor sie - nach Diskussion und Abstimmung im Parlament - in ein Gesetz münden könnten. Mit mehr als Minimalkorrekturen sei daher kaum zu rechnen.

Die Führer der sozialen Rebellion haben zunächst die Zusammenarbeit mit der Trachtenberg-Kommission abgelehnt. An wirtschaftlicher bzw. sozialer Expertise fehlt es ihnen dennoch nicht. Von Anfang an drängten sich auf dem Rothschild-Boulevard allabendlich Hunderte junger Menschen,

um Vorträgen von namhaften Soziologen und Wirtschaftswissenschaftlern, Vertretern alternativer Gewerkschaften u. a. engagierten Fachleuten zu lauschen und mit ihnen zu diskutieren. Mitte August wurde ein alternatives Expertengremium, bestehend aus neun Subkommissionen mit über 60 Akademikern, Wirtschaftsexperten, Soziologen, Sozialarbeitern und Aktivisten der Protestbewegung, gegründet. Ihm gehören u. a. der Soziologieprofessor Yossi Yonah (Ben-Gurion University), Adina Bar-Schalom (Leiterin des *Haredi College* in Jerusalem), die palästinensische Professorin Nadia Ismail (Abteilungsleiterin im *Abraham Fund*), der Juraprofessor Mordechai Kremnitzer (stellvertretender Direktor des *Israel Democracy Institute*) und Professor Avia Spivak (bis 2006 stellvertretender Direktor der *Bank of Israel*) an.

Stimmen der Opposition

Die parlamentarische Opposition aktivierte und politisierte sich hinsichtlich des Protestes zunehmend. Scha'ul Mofaz (*Kadima*) forderte am 6. August in einer Sondersitzung seiner Partei die Demonstranten und Protestierenden der Zeltstädte z. B. auf, sich auf die Ablösung Benjamin Netanjahus zu konzentrieren: „Netanjahu reagiert aus Angst und Besorgnis. Er hat die Verbindung zur Realität verloren. [...] Wir müssen ihn entmachten“ (JP, 7. August 2011, S. 3). Die Arbeitspartei (*Avoda*) nutzt in Vorbereitung der für den 12. September angekündigten innerparteilichen Wahlen die „Zeltrebellion“, um ihre sozialdemokratischen Wurzeln wiederzuentdecken. Die Knessetabgeordnete Schelli Jachimowitsch betonte beispielsweise, dass sie sich stets für einen Wohlfahrtsstaat und gegen Privatisierung ausgesprochen habe. „Wir sind die Alternative, weil unsere Agenda sozialdemokratisch ist.“ Sie versprach, ihre Partei in die Mitte der israelischen Politik zurückzubringen (JP, 12. August 2011, S. 13). Ihre fünf männlichen Rivalen für den Parteivorsitz zeigten sich wiederholt in den Zeltstädten und sicherten den Aktivisten ihre Unterstützung zu.

Vertreter der linken *Merez*-Partei plädierten u. a. für die Erhöhung der Kapitalsteuer. Noch weiter ging die Kommunistische Partei Israels. Unter der Überschrift „Vom sozialen Protest zur gesellschaftlichen Revolution“ schrieb Tamar Gozansky am 31. August in „*Zo Haderech*“, einzelne soziale Korrekturen, so wichtig sie auch seien, würden die Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums bei wenigen Familien nicht bremsen, nicht die Tätigkeit von Zeitarbeitsfirmen aufhalten, nicht die Okkupation beenden und nicht den nächsten Krieg verhindern.

Das Wirtschaftsblatt *TheMarker* beschäftigte sich im August wiederholt mit der Frage, ob die Sozialkritik – wie anfangs erklärt – apolitisch bzw. überparteilich bleiben könne. Am 15. August schrieb Professor Jossi Schein: „Die Protestierenden müssen sich als politische Kraft organisieren“; zwei Wochen

später rief der Jurist Ofer Eban den „Zeltleuten“ zu: „Gründet Parteien!“ Auch der Schriftsteller Amos Oz, der die anhaltenden sozialen Proteste als „die freudigste Überraschung“ seines politischen Lebens bezeichnete, hält es für erforderlich, „die Diskussionen in Aktionen umzumünzen“. Nur so könnten sie bei den kommenden Knessetwahlen Gewicht erhalten und direkten Einfluss auf die Politik nehmen (Ha'aretz, 26. August 2011, S. 3).

Offene Fragen und Ausblicke

Der „schönste Sommer Israels“ neigt sich seinem Ende zu. Er wird in der Tat als einzigartiger sozialpolitischer Aufstand in die – an Ereignissen nicht arme – Geschichte des Landes eingehen. Von der Zeltstadt auf dem Rothschild-Boulevard und von den vitalen Demonstrationen bzw. phantasiereichen und charmanten Happenings zwischen Kirjat Schmona und Eilat werden die Beteiligten noch ihren Kindern erzählen – möglicherweise in gleich mythisch verklärten Bildern wie die Blumenkinder über ihre Antikriegs-Proteste 1969 in den USA oder die Achtundsechziger über ihre rebellischen Tage und Taten in Westeuropa. Wie Woodstock zum Mythos der Hippies geworden ist, kann der Rothschild-Boulevard zur Legende kommender Generationen Israels werden.

Noch sind zahlreiche Fragen offen. Welche Ergebnisse wird der soziale Aufstand letztlich zeitigen? Hat die Präsidentin des Obersten Gerichtshofes, Dorit Beinisch, recht mit der Einschätzung, dass sich nunmehr „die Tagesordnung der israelischen Gesellschaft im Prozess der Veränderung“ befinde (Ha'aretz, 1. September 2011, S. 3)? Wird den Forderungen nach einer sozial gerechten Gesellschaft bzw. nach grundlegenden Veränderungen in der Prioritätensetzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik seitens der Regierung entsprochen werden – und wenn ja, in welchem Ausmaß und in welcher Richtung? Werden sich soziale Interessenlagen der Unter- und Mittelschichten dauerhaft gegenüber der Realität bzw. der demagogischen Stimmungsmache in der nationalen Sicherheitsfrage behaupten können? Was von der sozialen Bewegung, von den gewaltigen Demonstrationen und von den jungen Protagonisten der Zeltstädte wird die historischen Narrative prägen? Die Suche nach Antworten sei nachfolgend auf vier Fragenkomplexe fokussiert.

„Wer soll das bezahlen?“

Wie und aus welchen staatlichen Töpfen sollten bzw. könnten die erforderlichen Mittel für einen „sozio-ökonomischen Wandel“ aufgebracht werden? Die Regierung und die ihr Rechenschaft pflichtige Trachtenberg-Kommission gehen davon aus, dass jede Erhöhung von Ausgaben für Soziales und Bildung nur aus dem laufenden Staatshaushalt, damit also nur auf Sparflamme, erfolgen könne und auf Kosten anderer Haushaltsposten gehen würde. Die jungen Protestler dagegen meinen, das Land verfüge über ausreichend Ressourcen

für den demokratischen Umbau; die Gelder müssten nur fair und in sozial wirksamer Weise eingesetzt werden. Wirtschaftswissenschaftler und Journalisten haben dafür viele konkrete Vorschläge unterbreitet, darunter auch über den Staatshaushalt hinausgehende Ideen. Einsparungen, Umschichtungen und neue Gesetze sollten nach ihren Recherchen folgende Bereiche betreffen:

- Militär- und Rüstungsausgaben (2011 - 54 Mrd. NIS, d. h. mehr als 20% des Staatshaushalts; internationale Spitze hinsichtlich des Anteils am Brutto-Inland-Produkt);
- Siedlungstätigkeit und militärische Kontrolle der palästinensischen Territorien (jährlich 46 Mrd. NIS „Sicherheitsausgaben“ für die annähernd 300.000 Siedler in der Westbank);
- Staatsgelder für die ultraorthodoxen Gemeinden, (u. a. Alimentierung der nicht arbeitenden männlichen Gläubigen bzw. von Bildungsstätten religiöser verheirateter Männer – *Kolelim*);
- Veränderungen im Steuersystem (Verringerung der Mehrwert-, Benzin- u. a. indirekter Steuerlasten; Einführung einer Erbschaftssteuer; höhere Besteuerung von Kartellen und Kapitalflüssen, insbesondere der 10 bis 20 Familien, „Tycoons“, die die israelische Wirtschaft und Gesellschaft kontrollieren);
- Wiedereinführung der staatlichen Preiskontrolle, insbesondere bei Lebensmitteln u. a. Waren des täglichen Bedarfs;
- Veränderungen in der Zollgesetzgebung (beispielweise Abbau von unproduktiven „Schutzzöllen“); Öffnung gegenüber dem internationalen Wettbewerb;
- Begegnung der Korruption, der illegalen Aneignung nationaler Reichtümer, der Schwarzarbeit und der weit verbreiteten Steuerhinterziehung;
- Verringerung unproduktiver bzw. ineffektiver Ausgaben des (nichtmilitärischen) Staatsapparats.

Realistische Erwartungen richten sich einzig auf einen *bedingten* Wandel in der Wirtschafts- und Steuergesetzgebung. An die „Heiligen Kühe“ – Militärausgaben und Siedlungspolitik – wagt sich bisher kein amtierender Politiker heran. Auch das Abschmelzen der Staatsausgaben für die Ultraorthodoxen dürfte nicht zur Disposition stehen, da es die Stabilität der gegenwärtigen Regierung in Frage stellen würde (Austritt der *Schas*-Partei aus der Koalition).

Soziale Revolution oder Reformbewegung?

Warum klammert die Protestbewegung wesentliche Probleme der israelischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik aus? Lässt sich die in weiten Teilen parasitäre „freie Marktwirtschaft“ zu der in den ersten Jahrzehnten des Staates durch David Ben Gurion kreierten und praktizierten „sozialen

Marktwirtschaft“ zurückführen?

Die Protestbewegung war und ist keine soziale Revolution. Sie hat sich nicht die gewaltsame – revolutionäre – Veränderung der Eigentums-, Distributions- und Herrschaftsverhältnisse zum Ziel gestellt. Im Kern zielt sie auf Reformen in der Distributionsphäre und auf neue Prioritäten in der staatlichen Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik ab. In den Protestfraktionen existieren unterschiedliche Positionen hinsichtlich der Weite und des Zeitpunkts von Veränderungen. Sie reichen von Forderungen nach sofortiger Verbesserung der sozialen Situation bis hin zu Erwartungen in längerfristig zu realisierende Wandlungen in Gesellschaft und Politik.

Die „Philosophie“ der Protestbewegung, der Schlüssel zu deren Erfolg und die Erfahrungswerte für andere Massenbewegungen basieren – inhaltlich wie strukturell – auf drei Orientierungen:

- Erreichen maximaler Breite durch Konzentration auf Fragen, die weite Teile der Bevölkerung interessieren, d. h. auf soziale Ungleichheit bzw. Gerechtigkeit;
- bewusstes Ausklammern aller gesellschaftlichen Problemfälle mit hohem Streit- und Spaltungspotential aus der Konsenssuche, aus der offiziellen Protestagenda und aus den zentralen Forderungskatalogen;
- Aufbau eines möglichst großen öffentlichen Druckpotenzials auf den Staat in *einer* Frage, nicht in der Vielzahl anderer ungelöster Gesellschaftsprobleme.

Die zentrale Losung „Soziale Gerechtigkeit für alle!“ beinhaltet ein ebenso breit gelagertes Protest- und Forderungspotential wie ähnliche pauschale Slogans – z. B. Frieden, Gleichheit, Koexistenz oder Solidarität. Große Teile der Bevölkerung, siehe die *Peace Now*-Bewegung nach 1978, können sich mit ihnen identifizieren bzw. solidarisieren, zumal wenn sie unmittelbare Interessenlagen oder allgemein menschliche Sehnsüchte berühren. Die Differenzierungen setzen erst auf den untergeordneten Ebenen, bei der Konkretisierung und bei Entscheidungen über Umsetzungswege und –methoden ein.

Der Einheitsaktionismus nimmt in Kauf, dass Interaktionen und Abhängigkeiten der sozialen Probleme von anderen Gegebenheiten der Wirtschaft und Politik weitgehend ausgeblendet bleiben oder nur marginal berücksichtigt werden. Ideell reflektiert, jedoch nicht generell in Frage gestellt, werden von den Aktivisten des Rothschild-Boulevard zum Beispiel:

- die Eigentumsverhältnisse, d. h. die höchst ungerechte Verteilung von Reichtum und Armut als Wurzel vieler sozialer Übel;
- die politischen Herrschaftsverhältnisse bzw. die Verantwortung der Politik für die Forcierung des neoliberalen Modells der Privatisierung, Wirtschaftskonzentration, Profitmaximierung

und unsozialen Verteilungspraxis; das politische System wird bestenfalls verbal bzw. argumentativ in Verantwortung genommen; daraus werden jedoch keine politischen Schlussfolgerungen abgeleitet (Rücktritt des Ministerpräsidenten, der Regierung oder einzelner Minister u. a.);

- das Okkupationsregime und die den nationalen Interessen zuwider laufende Siedlungspolitik (aus taktischen Erwägungen aus den Protestzielen ausgeklammert, da nicht primärer Gegenstand des Aufbegehrens; von zahlreichen Zeltbewohnern und Demonstranten dennoch wiederholt und vielfältig thematisiert);
- die Einengung der Demokratie, die nationalistische Manipulierung der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, oder der Bellizismus in Segmenten der Gesellschaft (z. B. Schüren von Angstkomplexen oder einseitige Betonung der Zentralität des militärischen Faktors);
- die ethnischen, sozialen und politischen Zerklüftungen der Gesellschaft (damit auch das Unrecht an der arabischen Bevölkerungsgruppe, die Diskriminierung der äthiopischen Zuwanderer bzw. ihrer Kinder oder die erniedrigende Behandlung der ausländischen Arbeitnehmer); als soziale Realitätsebenen zwar erkannt (und benannt), in öffentlichen Verlautbarungen jedoch merklich unterbelichtet.

Auf den Plakaten und in den Meetings wie auch in den Slogans der Demonstrierenden wurden und werden relativ häufig Theodor Herzl und David Ben Gurion als „Kronzeugen der Anklage“ gegen die Verantwortlichen für die neoliberale Wirtschaftspolitik und –entwicklung beschworen. Die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit enthalten zudem nicht selten den nostalgischen Wunsch, zur „sozialen Marktwirtschaft“ Ben Gurions zurückzukehren oder sich ihr zumindest wieder anzunähern.

Kritische Wirtschaftswissenschaftler betonen einerseits, dass die in Israel praktizierte „freie Marktwirtschaft“ sich weitgehend destruktiv entwickelt habe und nicht mehr den wesensbestimmenden Elementen des Modells entspreche. Statt von „freier Marktwirtschaft“ solle eher von einer „Herrschaft der Oligarchie“ oder einer „Wirtschaftsdiktatur der Tycoons“ gesprochen werden (vgl. u. a. HA, Ha'shavua, 19. August 2011, S. 4). Auch die Frage, wer im Verhältnis von Oligarchie und Staatsmacht das Sagen habe, sei inzwischen müßig, da es sich um zwei Seiten einer Medaille handle. Alle Forderungen nach Fairness in der Marktwirtschaft oder nach Rückkehr zum stärker sozial betonten Modell der 1960er und 1970er Jahre dagegen seien rückwärtsgewandte Utopien, die nicht mehr den Realitäten des weltweiten Wirtschaftens und des internationalen Zahlungsverkehrs entsprächen. Ein Zurück zur „sozialen Marktwirtschaft“ würde Israel – so die Argumentation – im internationalen Wettbewerb weit zurückwerfen und erneut die Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 1984/85 heraufbeschwören.

Griechenland, Italien und andere EU-Staaten werden als warnende Schreckbilder vorgeführt.

Dennoch dürften die sozio-ökonomische Bestandsaufnahme bzw. das Reagieren des Staates, so die Experten, nicht in bloßen kosmetischen Korrekturen stecken bleiben. Sie müssten zu einer allseitig reformierten „freien Marktwirtschaft“ führen, die die Implantation sozialer Elemente aushalte, im Land mehr Gerechtigkeit schaffe und seinen Bürgern Würde und neue Lebensqualität gebe. Das jedoch seien Forderungen an die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Legislative wie der Exekutive, wobei der Knesset in gegenwärtiger Zusammensetzung bzw. der Regierung Netanjahu, jedoch auch Oppositionsparteien wie *Kadima*, wenig Änderungswille und soziale Kompetenz zugetraut werden. Der Bürger werde auf die Trachtenberg-Kommission bzw. auf die nächste Knessetwahl in zwei Jahren vertröstet. Die Forderungen der Straße würden in nur begrenztem Maße, so die pessimistisch-realistische Erwartung, in produktive Impulse für Wirtschaft und Gesellschaft münden. Einiges werde möglicherweise verbessert, nichts jedoch grundsätzlich verändert werden.

Zukunftsszenarien

Ein dritter Komplex von Fragen richtet sich auf das weitere Schicksal bzw. die Zukunft der Protestbewegung sowie auf den Umgang der Staatsmacht mit den Forderungen des Volkes nach sozialer Gerechtigkeit.

Die Massendemonstrationen und der außerordentlich große Rückhalt der Protestbewegung in der Bevölkerung haben alle negativen Voraussagen über den „Aufstand der Jungen“ ad absurdum geführt. Der Protest hat sich weder als „Eintagsfliege“ erwiesen, noch ist er mit Ende der Sommerferien implodiert. Die Auflösung der Zeltstädte – Symbole der Rebellion, mehr jedoch Universitäten der politischen Bildung und der Selbstfindung – wird nicht das Ende des einzigartigen Experiments bedeuten. Innerhalb der Massenbewegung haben sich bleibende Strukturen herausgebildet, sind akzeptierte Protestführer gewachsen und haben sich gesellschaftliche Unterstützer- und Beraterkomitees formiert. Sie bieten hinreichend Gewähr dafür, dass der Protest nunmehr in veränderten Bahnen und mit neuen Wirkungsformen weitergeführt wird.

Die zentrale Frage lautet, wie ohne Großdemonstrationen weiterhin Druck auf die Regierung ausgeübt und erhöht werden und wie Einfluss auf Inhalt und Konsequenz der auszuhandelnden Kompromissformeln, sprich: Reformen, genommen werden kann. Zumind. so optimistisch einer der Studentenführer, „weiß die israelische Regierung heute, dass das Volk und die Studenten die Finger an ihrem Puls haben und ihr nicht gestatten werden, zu tun, was immer sie will“ (Ha'aretz, 5. August 2011, S. 1).

Unter den protestbewegten Jugendlichen verlaufen andererseits Differenzierungsprozesse, die sich

insbesondere auf die Weite der Forderungen und den Charakter der Kompromisse richten. Ein reformerischer Flügel (möglicherweise repräsentiert durch den Vorsitzenden der Nationalen Studentenunion, Itzik Schmuli) strebt Maßnahmen zur Verbesserung der existierenden Gesellschaftsordnung an, will jedoch „den Kapitalismus bewahren, die Hegemonie schützen und die männliche Dominanz und Sprache konservieren“ (Ha'aretz, 5. September 2011, S. 5). Verständlich, dass Schmuli von Politikern und Medien als „der Seriöseste unter den Protestführern“ apostrophiert wird. Ihm wird ein „Deal“ mit Trachtenberg zugetraut.

Daphni Leef hingegen, die Initiatorin der Proteste und zweite zentrale Führungsperson, wird als Fürsprecherin einer „direkten Demokratie“ gehandelt. Sie wolle „das System verändern und die alte Ordnung durch eine weniger hierarchische, stärker egalitäre und fähigere neue Ordnung“ ersetzt sehen (Ha'aretz, 5. September 2011, S. 5). Das Aufspüren – mitunter auch das Schüren – von Widersprüchen zwischen den Protestführern ist inzwischen zum Gesellschaftsspiel der Medien geworden, obwohl sich die kollektive Führung des Aufruhrs durchaus als belastbar erwiesen hat.

Über das Schicksal der Bewegung und ihrer Leiter werden unterschiedliche Optionen kolportiert:

- Der Protest könne überall im Lande zu dauerhaften „Communities“ führen, die ihm seine Vitalität bewahren, die Verantwortung für ihr jeweiliges Umfeld übernehmen und Volksversammlungen in ihren Wohngebieten initiieren sollten.
- Mit dem Argument, dass alle grundsätzlichen Entscheidungen in der Knesset getroffen würden, überlegen einige Akteure offensichtlich die Gründung einer eigenen sozialen Gerechtigkeitspartei. Die wichtigsten Führer haben sich bisher von diesem Projekt distanziert. Es würde nicht nur eine strapazierfähige Struktur und ein politisches Programm benötigen. Man müsse sich auch entscheiden, welcher Platz in der Parteienlandschaft besetzt werden solle. Die bisher apolitische Positionierung und die Breite des Protestes wären nicht unbedingt förderlich für eine Partei. Zudem schreckt das Beispiel der Seniorenpartei ab, die für eine Legislaturperiode in der Knesset saß, bald jedoch auseinander fiel und von einem russischen Oligarchen aufgekauft wurde.
- Nicht auszuschließen ist, dass einige der Protestaktivisten nach Abklingen der Revolte in etablierten Parteien aufgehen werden. Die Führer des „Aufstands“ berichten in Interviews zumindest davon, dass seit Beginn der zweiten Protestphase zunehmend Vertreter der Parteien (*Avoda*, *Merez*, *Chadasch*, aber auch *Kadima*, *Azma'ut* und *Schas*) in den Zeltstädten auftauchten und mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen suchten.

Hinsichtlich des weiteren Reagierens der Regierung existiert ein breites Spektrum von Wertungen und möglichen Szenarien:

- Das ursprüngliche Szenarium der wichtigsten Minister, den Protest zu ignorieren, ihn herunter zu spielen, ihn auszusetzen oder ihn mit Verweis auf das Primat der nationalen Sicherheit oder auf die Weltwirtschaftskrise abzublocken, ist gescheitert – auch wenn bis heute bei den Regierenden wenig Enthusiasmus zu erkennen ist, sich der sozialen Problemlage des Landes zu stellen.
- Die derzeitige Strategie des Kabinetts besteht darin, Entscheidungen möglichst hinauszuzögern, d. h. auf den Zeitfaktor und auf Abnutzungseffekte zu setzen. Parallel dazu verlaufen Überlegungen, den Protest mit Hilfe von „Reformen geringer oder mittlerer Reichweite“ schrumpfen zu lassen bzw. auszutrocknen. Dem diene insbesondere die Berufung der Trachtenberg-Kommission. „Reparaturen“ am neoliberalen Wirtschaftsmodell, jedoch Vermeidung aller größeren Veränderungen beherrschen das Denken. Im Sinne dieser Option dämpfte der Premier in einem Video vom 4. September, adressiert an die Konferenz „Israel 2021“, allzu große Erwartungen in eine aktivere Sozialpolitik. Wirtschaftsdisziplin, mehr Wettbewerb im Privatsektor, Entflechtung der Wirtschaftskonglomerate (des Pyramidensystems) – ja. Dennoch könne Israel sich nicht den Wirkungen der globalen Wirtschaftskrise entziehen und wolle nicht enden wie die südlichen Staaten der EU. Es sei somit „unmöglich, alle Probleme zu lösen und allen Forderungen entgegen zu kommen“ (Ha'aretz, 5. September 2011, S. 10).
- Sollten sich die sozialen Probleme zuspitzen und sich der Druck der Straße wesentlich erhöhen, so wären ernsthaftere Maßnahmen des Systemerhalts, d. h. tiefer greifende Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft, erforderlich. Eine derartige Option ist z. Z. zwar denkbar, nicht jedoch wahrscheinlich.
- Mit relativer Sicherheit kann dagegen erwartet werden, dass im Umfeld der UN-Vollversammlung und der Entscheidung über die Palästinenserfrage Regierung, Parlament und Rechtsparteien der Welle des sozialen Protests durch Beschwörung der angeblich akut gefährdeten nationalen Sicherheit begegnen werden. Das probate Mittel, alte und neue Existenzängste zu schüren und zur Verteidigung der nationalen Sicherheit aufzurufen, hat in Israel bisher nie versagt; es erreicht i. d. R. weite Kreise der jüdischen Bevölkerung. Unabhängig von realen Gefahren, die Israel aus dem mittel- und nahöstlichen Umfeld drohen könnten, beunruhigen Politiker ihre Mitbürger mit der Behauptung, die Palästinenser bereiteten für den Herbst „ein bisher noch nicht da gewesenes Blutbad unter den Siedlern“ vor (Außenminister Lieberman, vgl. HA, 8. August 2011, S. 3). Der Verteidigungsminister trat seinem Kabinettskollegen zur Seite, indem er anordnete, die Siedlungen militärisch zu schützen und die Siedler auf den Verteidigungsfall vorzubereiten bzw. sie militärisch zu trainieren, um den „Herbst-Tsunami“ zu überleben.

Was bleibt? Fazit und Zusammenfassung

Noch stehen die Antworten von Regierung und Parlament auf die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, auch die Empfehlungen der Trachtenberg-Kommission, aus. Über mögliche Reaktionen des politischen Establishments existieren Mutmaßungen und Erwartungen, jedoch noch wenig Gewissheit. Eine zusammenfassende Antwort auf die Frage nach den realen Ergebnissen des achtwöchigen Protestes kann erst im Abstand von sechs bis zwölf Monaten gegeben werden. Wird das Gebäude des Wirtschaftens oder der Wirtschaftspolitik entkernt und umfassend rekonstruiert oder wird nur die Fassade neu gestrichen werden?

Trotz alledem hat die „größte Volksbewegung in der israelischen Geschichte“ das Land, seine Bewohner und das Agieren der Politiker tief beeinflusst. Bereits heute, noch ganz im Ungewissen, kann konstatiert werden, dass einige Resultate der Jugend-Rebellion unumkehrbar und geschichtsprägend sein werden:

- Die Fragen nach den sozio-ökonomischen Fehlentwicklungen und nach den sozialen Disparitäten in der Gesellschaft bzw. die Forderung nach Gerechtigkeit und damit das Konzept sozialer Sicherheit wurden, ebenbürtig dem unentwegten Beschwören nationaler Sicherheit, erstmals in gegebener Breite und Eindeutigkeit zur Kernfrage der Gesellschaft erklärt, ihren Charakter, ihre innere Einheit, ihre Stabilität und ihre Entwicklungsfähigkeit bestimmend. Sie werden Dauerthemen des öffentlichen Diskurses bleiben. Keine Partei wird künftig zu Parlamentswahlen antreten können, ohne potenziellen Wählern Auskunft über die soziale Sicherheit Israels zu geben.
- Erstmals in dieser Breite und nicht mehr zurücknehmbar wurden der breiten Öffentlichkeit die Gründe für die ökonomischen Fehlentwicklungen und sozialen Verwerfungen benannt. Das betrifft die sich schnell weitende Kluft zwischen Arm und Reich, die Misere auf dem Wohnungsmarkt, die permanenten Preissteigerungen und die Mängel in Bildung, Gesundheitswesen und sozialer Wohlfahrt. An den Pranger gestellt wurden nicht nur Raffgier und Eigennutz der „Tycoons“ oder das System der parasitären Kartelle, Wirtschaftspyramiden u. a. ökonomischer Konzentrationen, sondern auch die kardinalen Unterlassungen bzw. Fehlsichten in der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

In den Verlautbarungen der Protestführer finden sich zwar keine direkten Angriffe auf die Regierung; dennoch war und ist die Volksempörung eine einzigartige Infragestellung deren neoliberaler Wirtschaftspolitik. Das Bild der angeblich effektiven „freien Marktwirtschaft“ wurde umfassend demontiert; die negativen Wirkungen der Privatisierung, des fehlenden Wettbewerbs und anderer Auswüchse des neoliberalen Modells wurden allseitig und medienwirksam beleuchtet; nicht zuletzt wurde das korruptive Zusammenspiel von Privatwirtschaft und politischem Establishment durchschaubar gemacht, zumindest in der

Berichterstattung der Medien. Jeder Israeli hat miterlebt, wie „der Kaiser plötzlich ohne Kleider“ dastand.

- Der „israelische Sommer“ widerspiegelt einen qualitativen Sprung im sozialen Verhalten und im öffentlichen Engagement von Teilen der Jugend. Viele der Hochschulabsolventen oder in Ausbildung befindlichen Jugendlichen, insbesondere aus der Mittelschicht, durchliefen einen befreienden Prozess der Erkenntnis, der Bewusstwerdung und des Erfahrungsgewinns, alles durchaus in jugendgemäßen Formen. Die Zeltstädte wurden zu großen „Universitäten der Straße“. Für einen historischen Augenblick erlebten die jungen Frauen und Männer bzw. ihre Sympathisanten, dass die Spielregeln in der Gesellschaft veränderbar sind und dass die Prioritäten in der Regierungspolitik sich nicht im Selbstlauf, sondern nur unter Druck ändern. „Yes, we can“, „das Volk kann die Agenda verändern“ oder „die Demokratie ist jetzt auf der Straße“ wurden zu verbreiteten Slogans.

Der Regierungspolitik des Aussitzens und Blockierens wurden breite Solidarität und öffentlicher Aktionismus entgegen gesetzt. Vielen Institutionen, die bisher als repräsentativ und vertrauenswürdig galten, wird heute mit Misstrauen begegnet. Nicht wenige Jugendliche begannen, die Erziehungsmaxime in Schule und Armee („Frage nie danach, was das Land für dich tut; frage stets, was du für das Land tun kannst!“) vom Kopf auf die Beine zu stellen und ihr eine ausgewogene Zweipoligkeit zu geben.

Sollte sich auf dem Weg der Reform wenig verändern, kann ein Teil der Jugendlichen desillusioniert wieder in Apathie, Politikverdrossenheit oder Medienhörigkeit zurückfallen. Für viele Protestbewegte jedoch werden die beiden Sommermonate 2011 die „Universität für das Leben“ bleiben, ein einzigartiger gesellschaftlicher Erfahrungsgewinn. Aus ihnen kann – zumindest teilweise – die Generation hervor gehen, die den „Marsch durch die Institutionen“ antreten und die Zukunft des Landes mitgestalten dürfte (den Verschleiß an persönlicher Erfahrung und subjektivem Impetus immer mitgedacht, vgl. die Achtundsechziger in Europa).

Zum Erfolg der großen Demonstrationen trug bei, dass die Protestziele und -forderungen einen Nerv der gesamten Gesellschaft trafen. Auch wenn einige Bevölkerungskomponenten, nationalistisch gesinnte „Russen“ zum Beispiel, viele Nationalreligiöse und Ultraorthodoxe, Äthiopier und andere, nicht zur Aktivität motiviert werden konnten, waren sich die jugendlichen Protestler doch zu jedem Zeitpunkt der Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung sicher.

- Die friedfertige Jugendrebellion war zugleich ein massenhaftes Ausprobieren der modernen Kommunikationsmöglichkeiten, insbesondere der neuen elektronischen Medien. Über räumliche, soziale, religiöse, ethnische und altersmäßige Grenzen hinweg bewährten sich die sozialen Netzwerke bzw. standen die Protestierenden permanent miteinander in Verbindung. Mit einem Mausklick konnten über Facebook oder

Twitter wichtige Informationen blitzschnell über das ganze Land verbreitet und Menschenmassen bewegt werden. Der Schneeballeffekt spielte dabei eine wichtige Rolle. Die konservativen Medien – TV, Radio oder Presse – trugen, nicht immer fair und in guter Absicht, dazu bei, den Protest im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.

- Viele der mit Semantik und Duktus der modernen hebräischen Sprache beschäftigten Spezialisten, Wissenschaftler, Schriftsteller oder Journalisten, meinen, in den verbalen oder schriftlichen Ausdrucksformen der jugendlichen Protestler so etwas wie eine „neue Sprache“ als Zeichen veränderten Bewusstseins vermerkt zu haben – unterschiedlich zumindest zum erstarrten Vokabular bzw. zur Stilistik der politischen Eliten. Die Sprache sei aufrichtiger, ehrlicher, direkter, schmiegsamer, verständlicher geworden – vielleicht auch gewaltfrei femininer – meint die Ha’aretz-Journalistin Merav Michaeli. Als Kronzeuginnen benennt sie Protestführerinnen, wie Daphni Leef, Stav Schaffir, Schiri Tannenbaum, Rachel Josef, Meital Mamo, aber auch eine Reihe von Männern aus dem Berater- und Unterstützerteam von Daphni Leef. „Diese Sprache versteht die Öffentlichkeit sehr gut“, meint Michaeli (HA, 5. September 2011, S. B1). Möglicherweise ist Sprache in diesem Falle Ausdruck innerer Befreiung, selbst bestimmter Aktivierung, gefühlsbetonter Kreativität, sympathischer Spontaneität und vor allem von freiwilligem Einsatz im Kollektiv Gleichgesinnter für eine große humanistische Idee.

Die zentrale Rolle von jungen Frauen in der Protestbewegung hat die Medien derart beeindruckt, dass der konservative Verlag Maariv Anfang August sein Frauenmagazin AT als Sonderheft zum Thema „Frauen und Revolutionen“ gestaltete (AT, Nr. 731, 5. August 2011). Als Cover Girl, mit Hochglanzfoto, posiert

Daphni Leef, über die ein langer Beitrag detailliert Auskunft gibt. Im Heft werden fünf weitere politisch engagierte Frauen vorgestellt, die lt. Titelgebung der Zeitschrift dazu beigetragen hätten, die „Welt zu verändern“, an vorderer Stelle mit Bild und würdigendem Artikel Rosa Luxemburg.

Die Demonstrationen vom 6. August und 3. September bildeten zweifelsohne den Zenit des demokratischen Protests. Nunmehr werden die Höhen der Zukunftserwartung und die Hoffnungen auf Veränderung den „Mühen der Ebenen“ weichen. Die Suche nach tragfähigen Kompromissen wird den Protestführern und ihren Beratern ein hohes Maß an Standfestigkeit, politische Klugheit und einen langen Atem abverlangen. Auch die Evaluierung des Geschehens der letzten acht Wochen auf den israelischen Straßen und Plätzen erfordert vor allem Realitätssinn. Selbst der optimistische Beobachter sollte sich für den Herbst auf mögliche Rückschläge und negative Meldungen einstellen. Die den Staat tragenden bzw. die aktuelle Politik prägenden rechten Narrative des Landes vertragen kein selbstbewusstes und selbstbestimmtes Volk und keine „neuen Israelis“ jenseits nationalistischer Stereotype – so wie die Protestführer sich und ihre Anhänger in öffentlichen Reden darstellen. Das demokratische Israel hat in den letzten Wochen ein neues Gesicht bekommen und der Zug namens „sozialer Protest“ hat den Bahnhof verlassen. Er dürfte schwer zu stoppen sein, solange die Weichen nicht auf produktives Konfliktmanagement gestellt sind.

Impressum:

Rosa Luxemburg Foundation (CC) • Israel Office

Address: 26 Nahmani St • Tel Aviv 66794

Mailing Address: P.O.B. 536 • Tel Aviv 61004 • Israel

Phone: 03-6228290 • Fax: 03-6855632 • Email: office@rosalux.co.il